

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. November 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tagesanzeigen 20 Pf., die fünfzehnte Zeile; Anlauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 130

Eine Jahresbilanz der Revolution

Der 7., 8. und 9. November geben Veranlassung zu Revolutionsfeiern. München, Leipzig und Berlin wurden in dieser zeitlichen Auseinanderfolge im Jahre 1918 von der Militärrevolution erobert, nachdem der Funke von Kiel aus blühbar übergesprungen war und in den politischen Zentren naturgemäß am ehesten zünden mußte. Wer damals mit im Gedränge gewesen ist, weiß aus eigener Anschauung, wie alles gekommen ist. Der totale Zusammenbruch mit dem langen und schrecklichen Kriege mußte naturgemäß das Ende des deutschen Militarismus einkläuten. Auch in Österreich und in Ungarn war es so. Die Militärherrschaft, die in den jüngsten Wochen durch die Verhandlungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß — einer verdeckten Einrichtung ohne Konkurrenz — in ihrer ganzen Gefährlichkeit für Volk und Land bloßgelegt worden ist, hatte alle Fäden, Saiten und Stränge bis zum Zerreißen angezogen, die Stimmung draußen und drinnen war mit vielen Atmosphären überladen — es mußte zum Platzen kommen. Der Ausbruch des Bewußtseins trieb zunächst die Repräsentanten des monarchischen Systems in die Flucht oder in irgendeine heimliche Schutzhöhle, je nachdem sie die Abrechnung des belogenen und betrogenen, verarmten und verzweifenden Volkes zu fürchten hatten. Die altdeutschen Kriegsmacher und Friedensverhinderer waren ebenfalls mit zauberhafter Schnelligkeit verschwunden. Auch viele andre drückten sich ängstlich seitwärts in die Büsche. Die junge deutsche Republik erstand, und Männer, die von den Leuten „gestern noch auf stolzen Rossen“ einfiel als „vaterlandslose Gesellen“ tituliert waren, ergriffen die Zügel der Regierung. Zu einem unendlich schweren Zeitpunkt, denn zu all dem vom Krieg aufgefürmten Elend kamen die ersten dramatischen Bedingungen der kalt verkündeten Siege, die damit schon ihre Verheißungen eines gerechten Friedens vergewaltigten. Das arbeitende Volk aber baute seiner schnell und unblutig errungenen Freiheit Altäre. Kurt Eisner in München ließ als erster durch Beckhovens unvergängliche „Meute“ die Begeisterung für das nun so plötzlich Wahrheit gewordene neue Deutschland ausströmen, durch einen eignen Synismus im Massengedank den Eindruck noch zu festern versuchend.

Ein Jahr zuvor, am 7. November 1917, war mit der dritten Revolution in Rußland dort erst der eigentliche Umsturz gekommen. Die vom Jahre 1905 hatte dem Zarismus noch nichts anzutun vermocht, die im Februar/März 1917 brachte Kerenski ans Ruder, womit dem Kriege aber noch nicht das große Salatl geblasen wurde. Seine Fortführung jedoch reißt den Bolschewisten die Frucht, welche dann ganze Arbeit machten. Daß ihnen das als einer Minderheit unter den Arbeiterparteien gelingen konnte, das ist nicht in erster Linie der Kühnheit ihrer Führer zuzuschreiben, sondern, wie Kautsky vor einem Jahre um diese Zeit in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Die russische Armee wurde im Kriege zermürbt durch die lange Dauer erfolglosen Ringens voll der schwersten Verluste und Demütigungen — nur das hat die Revolution möglich gemacht.“ Dieses „nur“ muß man ebenso für das Gelingen der deutschen Revolution gelten lassen. Wir haben uns in den Art. 148 und 149 von 1917 mit der dritten Revolution in Rußland beschäftigt und ihr unter dem Vorbehalt der damals schon nicht nur von uns, vielmehr auch von deutschen Linksradikalen für notwendig erachteten (jedoch im wesentlichen ausgebliebenen) Läuterung gute Sellen zur Genüge abgemessen. Inre Aufzählung: „Eine Minderheit kann zu einer großen Sache vorstoßen und sie in Gluck bringen, zum Durchhalten damit gehört aber das Mitgehen der Mehrheit. Vergesellschaftungsabstufen gar in solchem Stadium mit einer grundlegenden Änderung der Staatsform zu verbinden, muß unvermeidlich Rückschläge bringen.“ Das konnte in jenem Stadium nur für Rußland Geltung haben, doch es hat sie auch für die deutsche Revolution erhalten. Die Lenin und Trotski sind vom Sozialismus zu der Gestaltung von Kommunismus hinübergewechselt, die als Bolschewis-

mus ein Weltbegriff geworden ist, der aber durch klügeligen Bruderhrieg, blutigen Terror und durch eine mit vielen Irrungen und großen Fehlschlägen betriebene Methode der Ausrottung des Kapitalismus eine Veranschaulichung von der Diktatur des Proletariats geboten hat, daß selbst die deutschen Unabhängigen der schärferen Tonart nicht bedingungslose Anbeter dieses neuen Evangeliums zu werden vermochten. Das hat sich erst wieder gezeigt in der Generalversammlung der Berliner Unabhängigen am 2. November, auf der es Ledebour gelang, gegen die Einführung des bolschewistischen Kalküls durchzudrücken. Zu gleicher Zeit hat die Leipziger unabhängige

behaupen vermochte. Der gegenwärtige in- und ausländische gegenrevolutionäre Vorstoß, der ansetzend zu größerer Einigung in Sowjet-Rußland geführt hat, wird aber doch wohl hierin nachbessend wirken, wenn die reichlich merkwürdigen „Befreier Rußlands“, darunter leider auch ein nicht so kleiner Trupp von überlitterten Landsknechtswelen übergegangener deutscher Soldaten, zum unterlegenden Teil werden.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Arbeiterklasse in England und in Nordamerika seit den großen Ereignissen in Deutschland, Rußland, Österreich und Ungarn angenommen hat, die auf ein kräftiges Erwachen schließen lassen. Die großen Streikbewegungen dort sind aber mehr wirtschaftlicher Natur, was auch nicht verkehren wird durch die unzuverlässig zum Sozialismus hinderende Tendenz; unzweifelhaft trägt er ja auch nicht in erster Linie politischen Charakter. In der Schweiz hat man mehr mit Generalstreiks und politischem Radikalismus (Bolschewismus) operiert; der Rückschlag ist bei den Nationalratswahlen am 26. Oktober eingetreten: die Sozialdemokratie hat statt der erhofften 80 Sitze nur 40 erlangt. In Österreich hat die Sozialdemokratie eine gemäßigtere unabhängige Richtung angenommen, ist aber nicht gefallen. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ zog vor zwei Wochen in bemerkenswerter Weise das Ergebnis der Revolution des letzten Jahres: „Gewaltigen Machtzuwachs hat dieses Jahr der Arbeiterklasse gebracht. Freilich, Machtzuwachs nur, nicht die volle Macht. Auch in dieser Beziehung leben wir in einer Übergangsperiode. Die Schwäche des Staates, in dem wir leben, ist auch unsere Schwäche. . . Nur Toren können ernsthaft glauben, wir könnten mitten in einer kapitalistischen Welt, deren Hilfe, deren Zufahren, deren Kredit wir keinen Tag entbehren können, gerade in unserm armen ohnmächtigen hilflosen Kleinstaat die Alleinherrschaft des Proletariats aufrichten und die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen. . . Das Regieren ist ein Meier, das gelernt sein will, sagte Goethe. Die Arbeiterklasse hat vordem keine Gelegenheit gehabt, es zu lernen. Kein Zweifel, sie lernt es nun allmählich, sie bezieht in der Übung der neuen Pflichten manchen Fehler, sie muß zuweilen teures Lehrgeld bezahlen, aber die Hauptsache ist: sie lernt. . . Das ist's, was nottut! Denn ehe die Arbeiterklasse den Staat regieren und die Industrie verwalten kann, muß sie aus sich heraus die Männer hervorbringen und erziehen, die das Wissen, die Erfahrung, das Geschick erworben haben, den komplizierten Mechanismus des modernen Staates und der modernen Industrie zu beherrschen.“ Wer wollte im Ernst die Nichtigkeit dieser markanten Sätze bestreiten?

Es treffen auch für die Verhältnisse in dem größeren Deutschland zu. Es sind bei uns vielleicht noch mehr Fehler von der Regierung gemacht worden; manches hat einen jeden verdrossen, der es ernst meint mit dem, was man vernunftgemäß unter „Weitertreiben der Revolution“ verstehen muß. Wer trägt die Arbeiterklasse nicht die größere Schuld daran? Ist die unzeitige Spalterei, die je länger desto größer wird und nun auch die Kommunisten ergriffen hat, nicht zu einer wahren Pandorabüchse geworden, die alles zerlegt und alles vergiftet und durch die mannigfaltigsten Programme, Systeme und Stampfmethoden im Endeffekt nur die Reaktion wieder in den Sattel gehoben hat, nicht zu einer himmelschreienden Verflüchtigung an der deutschen Revolution geworden? Karl Marx hat doch vor 72 Jahren nicht die Lösung ausgegeben „Proletarier aller Länder spaltet euch!“ Wenn jetzt von unabhängiger Seite sogar Front gemacht wird gegen die von den Kommunisten betriebene Spaltung der Gewerkschaften mittels Betriebsorganisationen, obwohl die von ersterer praktizierte „Eroberung durch die Opposition“ ganz sicherlich die Geschlossenheit der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen nicht fördert, dann hat man doch dadurch auch einen Beweis, wie fürchterlich weit wir in den Sumpf hineingefahren sind. Nur durch eignes Verfehlen! Es gibt nur noch ein Mittel, das zu retten vermag, das zum Jahresende der deutschen Revolution überall als Gebot der Stunde ausgegeben und von allen akzeptiert werden sollte: die Diktatur der Vernunft!

Kollegen, voran!

Die Wisse zuden, es donnert und tracht,
Es kämpft die Arbeit um Recht und Macht,
Die Flammen schlagen himmelan,
Es leucht der Elend im fremden Bann,
Und Finsternis sinkt herab auf die Schlacht,
Umhüllt alles mit dunkler Nacht.
Es brodel und zischt im finstern Grund,
Die Olleder gerrissen, die Köpfe wund,
So zerrn die Sklaven an ihren Ketten;
Nur sich, nur sich will jeder erretten!
Im Bruder steht mancher seinen Feind,
Welt viele nicht wissen, was sie eint;
Man schmeißt einander: „Mörder! Schuft!“
Es misshandelt der Bruder dem Bruder die Luft. —
Durch das Toben, Drösen und Strafen
Erstint ein diabolisches Lachen,
Die Mächte der alten Reaktion
Erröthen aufs neu' ihren alten Thron;
Sie zimmern ihn aus all den Knochen,
Welche der Bruderkampf zerbrochen!
Wie wird sie enden, die grauige Schlacht?
Wer wird erheben die schaurige Nacht? —
Wer? — Nun wer sonst als der reiche Mann,
Der nicht mehr verspricht, als er halten kann. —
Ihr seid's Kollegen! Drum auf, drum auf!
Werk euch entgegen des Irrewohns Last!
Schwingel die Zetteln, prägl' Worte und Sätze,
Dauel Gedanken und formel Gesetze;
Jeder von euch sei ein Pionier,
Jeder von euch ein Offizier. —
Ihr habt schon oft in düstersten Tagen
Der Arbeiterklasse die Brüden geschlagen;
Ihr habt den andern die Wege gezeigt,
Auf denen man lichtere Oden erreicht.
Darum voran! — In vorberster Reih
Macht man den Geist und die Arbeit frei!
Wie es auch rings um uns noch tobt,
Dauel die Treue, die ihr gelobt!
Schwingel die Zetteln, prägl' flug das Wort,
Schleudert's hinein in jeden Ort!
Wie eine Sadel, damit die Nacht
Des Wahnsinns wo er zum Tag erwacht!
Schaut auf die alten Brüder, Kollegen,
Wie sie dem Feinde sich warfen entgegen;
Einig stehen die Massen sich führen.
Lauft drum aus Zoren und Fäden;
Lacht uns marschieren dem Lichte entgegen —
Auf in den Kampf, Brüder, Kollegen!

Duisburg Karl Germer

Partei Genossenschaft nach heiligem Strelt in mehreren Versammlungen und in der „L. V.“ mittels einer für das „Zentrum des Radikalismus“ geradezu jämmerlich schwache Beteiligung aufweisenden Urabstimmung die Entscheidungstrage mit Ablehnung eines Glaubenswechsels zum Bolschewismus gelöst. Die Schweizer Sozialdemokratie hat durch Urabstimmung vor einigen Wochen das gleiche getan, wobei sich ebenfalls gezeigt hat, wie gering das Interesse der Masse ist an den Spezialgeplögenheiten von einigen überradikalen Elementen (die nicht einmal immer die erforderlichen Führerqualitäten besitzen): entweder besonderen persönlichen Hervortreten oder höchstens von „simpelstlichem Denken“ zeugenden puren Nachahmungskrieses. Lenin, Trotski und Genossen, deren heiligster Salar wir in unsern Artikeln zu Ende Dezember 1917 schon durchaus gerecht wurden, haben das bolschewistische Regiment nicht mehr zu renovieren können, daß es sich weniger angefochten zu

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Das Volk will den Sozialismus!

„Aus dem Revolutionshimmel durch die zerfärrte Welt in den grauen, dunklen, freudlosen Alltag.“ So ungefähr läßt sich die Stimmung kennzeichnen, die zur Zeit in allen politischen und wirtschaftlichen Diskussionen, in der Presse und in den Versammlungen zum Ausdruck kommt. Alle Theorien sind im Wanken und die stolzen Volkwerke der politischen und wirtschaftlichen Gegner werden in Trümmer geschlagen. In kurzer Frist geht das deutsche Volk dem sicheren Untergang entgegen. Denn es ist unmöglich, das alte Produktionsystem wieder aufzubauen, aber auch unmöglich, ein neues vorläufig an dessen Stelle zu setzen. Die Zermürbung greift deshalb heimlich und unheimlich weiter um sich und es wird der Krieg aller gegen alle zur Tatsache werden. Auch das letzte und stärkste Bollwerk der alten Ordnung, das Finanzsystem, kann trotz aller raffinierten Börsenschulastik nicht zusammenbrechen, denn nicht das Papiergeld stützt in Wirklichkeit die Valuta, sondern die geleistete Arbeitsfrunde.

Arbeiten, arbeiten, arbeiten! Der Ruf erklingt durch alle Gassen und geht in allen Ohren. Es ist die einseitige Forderung, schreiben die Regierung und das Parlament. Aber sonderbar, das arbeitende, hungernde, ausgegottete und verfallene Volk ist taub geworden gegen diese Schreie. Und warum?

Das Volk will den Sozialismus! Dem Volk ist Sozialismus, entkleidet aller Theorien und persönlichen Forderungen: Arbeit und Erziehung für alle Menschen ohne Ausnahme. Das Volk will für sich, nicht mehr für vornehm und wichtigste Ausbeuter arbeiten; es hat die Fehden- und Herrnmoral endgültig und auf immer begraben, die das Volk für das Vaterland leiden und sterben läßt, um es auszubenten. Aber das deutsche Volk gräbt tief und seine Gefühle gehen hoch, wenn du zu ihm sprichst: „Gold und Papier sollen hinfort keine wirkliche Macht mehr besitzen. Geld soll kein Schutzrecht für Faulenzer, kein Privilegium gegen die Arbeit mehr sein! Alle sollen arbeiten! Nicht wer für das Vaterland und die Menschheit stirbt, sondern wer für sie arbeitet, forscht, denkt, erfindet und sie ersticht, also dem schaffenden Mann und der erscheinenden Frau, ihnen gebührt des Volkes Herz, ihnen gebührt die neue Ehre.“

Und nun ist der Regierung die beste Gelegenheit geboten, eine Tat zu vollbringen, um sich das Vertrauen des Volkes wieder zu gewinnen. Das Volk glaubt nicht, daß alle Leute in den Wäldern, Kurorten, Vergnügungstälern, Spielhöhlen usw. krank sind. Man fragt sich, warum diese Leute nicht arbeiten, wenn das so wichtig ist. Eine großzügige Razzia an allen diesen Orten von amlicher Seite aus wäre am Platz, und wer arbeitsfähig ist, kommt in das Stollenbergwerk oder er muß nachweisen, daß er arbeitet. Dann ist dem kranken und müden Arbeiter und Kriegsinvaliden Platz geschaffen, der bei jedem Arztbesuche hören muß, daß er in Erholung gebürt, daß er aber nicht gebürt werden kann, weil alle diese Stätten überfüllt sind.

Mit rapider Überlebung werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Die Mark gilt fast nichts mehr, und doch hat der Großgeldbesitzer die volle Macht im Staat, aber die geleistete Arbeitsfrunde steht sicher und doch allein im Kurs, und doch ist der Einfluß des Schaffenden fastlich gering. Welch ein Widerspruch der Moral! Darum hinweg mit ihr! Die Leistung des Schaffenden steht dauernd unter peinlichster Kontrolle aller möglichen Betriebs- und Staatsbehörden, unter Statistiken und Gelehen, während die wirtschaftliche Freibeuterei in unerhörter Geheullosigkeit jede Volksmoral und jeden ehrlichen Willen untergräbt. Was nützt da noch die Politik der Löhne und Tarife, dieser wirklich erbliche und soziale Wille des Erzeugers der Produkte, wenn die Erzeugnisse selbst jeder Willkür eines veruchten Freibeuterischen Wirtschaftssystems anheimfallen? Es ist höchste Zeit, nicht nur den Erzeuger, sondern auch die Erzeugnisse unter Staatskontrolle in Statistik und Organisation zu bringen.

Am besten wäre eigentlich die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht, Staatliche Kontrolle und Ausgleich für Erzeuger und Erzeugnisse müßte die daraus folgende Überproduktion regeln. Am jede Rohstoffverschwendung des alten Systems zu vermeiden, wird nach Verbrauch und Bedarf erzeugt. Die Organisation der Betriebe müßte vorläufig, wie sie ist. Der Arbeitsvertrag und die Berufswahl bleiben freigelegt.

Aber einseitig wäre es, wollte man das Wirtschaftssystem, ohne an den eigentlichen Zweck der technischen Produktion zu denken. Die Maschine ist erfunden worden, um die Arbeit zu erleichtern und zu verkürzen. Die gewonnene Zeit muß dem geistigen Fortschritt zugewendet werden. Deshalb wäre es notwendig, neben der Arbeitspflicht eine allgemeine Erziehungspflicht für alle Fächer der Schule, des Berufs und der Wissenschaft einzuführen. Ist unsere Produktion wieder in normalen Gang gebracht, so könnte die normale Arbeitsleistung für Erzeugung und Erziehung, Unterricht und Bildung ungefähr acht Stunden betragen. Noch besser wäre es vielleicht, die Woche in vier bis fünf Arbeitstage und in ein bis zwei Unterrichtstage einzuteilen, je nach dem Ergebnisse der Produktionsstatistik. Jeder einzelne ist dann verpflichtet, sich Fächer nach Belieben und Fähigkeiten auszuwählen, Berufung

und Wahl der Lehrer Hände unter Staatskontrolle bei freier Mitbestimmung der Unterrichteten oder ihrer Organisations. In materiellen wie in geistigen Dingen mag sich also jeder seinen Meister selbst aussuchen bei Einhaltung eines freien Arbeits- und Unterrichtsvertrags.

Arbeit und Erziehung sind die beiden Grundpfeiler der neuen Zeit, auf denen sich alle Parteien, alle Völker, die Wissenschaft und einst die ganze Welt einigen werden. Mit diesem Siege wird Deutschland die Welt auf den Weg zur neuen Religion der Entwicklung führen.

Allen Arbeitern, sämtlichen Parteien und Gelehebern Deutschlands rufe ich zu: Erkennt das Ziel der Einigung und eure hohe Mission, ebe Europa in den Abgrund verlinkt!

Ludwigshafen a. Rh.

Franz Bloch.

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Der graphische Industrieverband kommt doch!

Dem Artikel aus Hamburg in Nr. 122 des „Korr.“ unter dieser Rubrik merkt man es gar zu sehr an, wie „objektiv“ manche Kollegen bzw. Funktionäre noch über wirtschaftliche Fragen denken und urteilen, deren Tragweite sie scheinbar nicht zu überleben vermögen. Wissen denn diese Kollegen nicht, daß der Gedanke des Zusammenschlusses aller graphischen Verbände schon vor zehn und zwanzig Jahren auf fast allen Verbandsgeneralversammlungen und im „Korr.“ eine Rolle spielte? Damals schaltete er hauptsächlich am Egoismus und an einem gewissen Berufsdünkel der Buchdrucker im allgemeinen. Die großzügigen Unterstützungseinrichtungen des Verbandes wollte man der graphischen Allgemeinheit nicht ohne zwingende Gründe ausliefern, die man sich durch hohe Beiträge und große Werbelästigkeit schaffen baute. Auch mit den „Weibern“ und Ungelernten wollte man nichts zu tun haben. Also mangelndes Gemeinschaftsgefühl war es, das auch heute noch das ausschlaggebende Semmelns gegen die Verwirklichung dieses idealen Zusammenschlussesgedankens zu sein scheint.

Was die Unterstützungseinrichtungen betrifft, so können dieselben ohne Schwierigkeiten, insbesondere der Invalidenfonds, in geeigneter Weise sichergestellt werden. Schon in den Jahren 1908, 1910 und 1912 habe ich mich zu Gunsten des Zusammenschlusses aller graphischen Verbände resp. Berufe im „Korr.“ zum Worte gemeldet. Immer wurde ich vom Kollegen Rehbauer mit der Begründung abgewiesen, daß die von mir angeführten Fragen noch nicht so spruchreif seien, um ernstlich diskutiert werden zu können. Trotzdem die „Korr.“-Redaktion nun zu der Einsicht gekommen ist, daß dieser Zusammenschluß zu begrüßen sei, sträubt man sich heute scheinbar offiziell noch dagegen, besonders wenn es sich um die Berlin-Weipziger Richtung handelt.

Vergeßlich habe ich in dem Hamburger Artikel nach einem stichhaltigen Grunde gesucht, weshalb der von Berlin angeregte graphische Industrieverband abgelehnt werden soll. Selbstverständlich haben, wie in der Runkherischen Resolution gesagt wird, die Konzepte darüber Beschlüsse zu fassen. Am aber die Verbandstage endlich dazu zu bringen, ist es notwendig, ihnen durch diese Vorarbeit die Notwendigkeit derartiger Beschlüsse zu beweisen; und zwar durch intensive Aufklärung und Sammlung aller auf diesem Boden stehenden Berufsangehörigen. Durch bloßen Lippendienst hat wohl noch niemand etwas erreicht.

Wie man aber in Hamburg diese idealen Bestrebungen Zerpflitterung der Gewerkschaften nennen kann, ist mir unbegreiflich. Wo und wann ist in Leipzig oder Berlin eine derartige Zerpflitterung propagiert worden? Wer hier von Zerpflitterung spricht, hat den tiefsten Sinn dieser Bewegung eben noch nicht erfaßt. Gerade im Hinblick auf die kommenden schweren Kämpfe mit dem Unternehmertum (in der Sprache der Hamburger Resolution) muß der Zusammenschluß aller graphischen Verbände verwirklicht werden, damit diese Kämpfe nicht an Einzelaktionen der Verbände und Verbändchen scheitern. Bekanntlich haben sich die Unternehmer auch schon zu großen Industriegruppen zusammengeschlossen. Warum sollen wir Arbeiter nicht dasselbe tun? Soll uns erst eine Niederlage eines Besseren belehren? Darum, vereidete Kollegen und Berufsangehörige, der graphische Industrieverband wird und muß doch kommen! So oder so.

Berlin-Lichtenberg.

Oswald Preller.

Welcher graphische Industrieverband kommt?

Wir sind der Ansicht, Kollege Preller nimmt sich zu Unrecht die Hamburger Versammlung vor. Eine Stellungnahme, die aus irgendeinem Grunde oder von irgendeinem Standpunkt aus jemand nicht zulagt, ermangelt deshalb noch nicht der Objektivität. Warum hat es Kollege Preller nicht für notwendig befunden, sich gegen die elf, von rund 8000 Kollegen besuchten Berliner Bezirksversammlungen von Mitte September zu wenden (siehe unter Berlin in Nr. 110), die teils einstimmig oder nur gegen wenige Stimmen den Widerstand der Prinzipale den Forderungen der Gehilfen gegenüber verurteilten, die Verbandspolitik aber gutließen, entschieden jedoch ablehnten „die Treibereien unverantwortlicher Elemente, die nur auf die Zerpflitterung der Gewerkschaften hinarbeiten“, und in bezug auf den graphischen Industrieverband, der auch in Hamburg zur Debatte stand, erklärten: „Entscheiden verurteilt wurde der sogenannte Graphische Block, der nur dazu angefaßt sei, Zerpflitterung in die Reihen der Kollegenschaft zu tragen.“ Das hätte doch viel näher gelegen und wäre auch zeit-

licher eber geboten gewesen! Dieses außerordentlich zahlreich und in ungewöhnlicher Übereinstimmung abgegebene Votum der Berliner Kollegenschaft muß doch seine guten Gründe haben. Wenn Kollege Preller dagegen nicht aufgetreten ist, dann sollte er auch den Hamburger graphischen Arbeitern überlassen, sich zu erklären für die eine oder die andre Weigerung. Denn nur darum handelt es sich; einen engeren Zusammenschluß der graphischen Arbeiterchaft an sich wird niemand abweisen.

Wenn Kollege Preller untreu eingehenden Darlegungen unter dieser Rubrik in den Nrn. 108 und 110 gelesen haben würde, so könnte er über die früheren Zusammenschlußbestrebungen und die Notwendigkeit der jetzigen gar nicht im Zweifel sein und nicht mit Reminiszenzen kommen, die teils so, teils so nicht das Richtige treffen. Wir wollen dabei aber gern dem Kollegen Preller gellen lassen, daß er von jeher ein eifriger Befürworter des Zusammenwachsendens der graphischen Arbeiterchaft gewesen ist. Die Unfehlbarkeit für die von ihm jetzt oder früher vertretene Methode wird er aber wohl nicht beanpruchen wollen. Wir geben darauf nicht nochmals ein, weil von uns in den angezogenen Artikeln alles sachgemäße Klarstellung gefunden hat, wobei die Buchdrucker keineswegs mit einem „Berufsdünkel“ oder mit „mangelndem Gemeinschaftsgefühl“ behaftet erscheinen oder als neuerdings rüchständig in der Zusammenschlußfrage zu befrachten sind.

Da wir seit Ende September noch nicht wieder Zeit und Raum gefunden haben, unsere Kollegen zu orientieren, wieviel Wege in dieser Beziehung nach Rom führen sollen, so möge das zur einwilligen Aufklärung — es wird in einiger Zeit gründlicher geschehen — des Kollegen Preller wie im allgemeinen folgendermaßen geladen: 1. Da auch Preller sich zu der Selbstverständlichkeit bekennt, daß die einzelnen Verbandstage maßgebende Beschlüsse zu fassen haben, so sei zunächst von dem der Buchbinder die einstimmige Annahme eines Auftrags für den Verbandsvorstand erwähnt, mit den übrigen Verbänden Verhandlungen zum Zweck der Bildung eines zentralen graphischen Kartells anzuknüpfen, eventuell Gründung eines graphischen Industrieverbandes. Die Opposition war auf dem Buchbinderverbandstage stark vertreten. Das Kartellsystem laud enschiedene Bestürmung. Die dahingehenden Anträge aber hatten kein Glück. 2. Der Verbandstag der Lithographen und Steinbrücker steht dicht bevor; er wird prinzipiell schwerlich zu einer anderen Stellungnahme gelangen wie der der Buchbinder. 3. Ein Verbandstag der Hilfsarbeiter dürfte wohl im Frühjahr 1920 stattfinden. In dieser Organisation hat das „reine Kartellsystem“ schon wieder an Kurswert in Berlin verloren. Anderswo ist davon weniger zu merken gewesen. 4. Unre Generalversammlung im Mai nächsten Jahres hat jedenfalls zu einer präzisen Beschlusfassung darüber zu kommen. 5. Die Unternehmerr im graphischen Gewerbe gebürt zum Teil sogenannten Spitzverbänden an, d. h. unter Aufrechterhaltung ihrer Organisationen in vollem Umfange geben sie in Arbeiterangelegenheiten bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Wege; diese Methode ist aber in bezug auf die graphische Arbeiterchaft bis jetzt noch am wenigsten durchgeleitet, die weitere Entwicklung führt jedoch schneller dazu. Wenn wir noch bemerken, daß im Sinne des Würburger Beschlusses der Buchbinder Verhandlungen im Gange sind und zentrale wie lokale Reglungen in Aussicht genommen werden, so wäre damit von der einen Seite aus alles Notwendige gelegt.

Aber örtliche oder Gruppenbestrebungen wäre folgendes zu sagen: 6. Die graphischen Kartelle haben in allen nennenswerten Drudorten Auflebung erfahren, dadurch wird für das Weitere gute Vorarbeit geleistet. 7. In einzelnen Kollegentreifen findet auch schon der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft der graphischen Verbände Erörterung. Die Angestelltenverbände sind bereits zu einer solchen gekommen. 8. Ein Berliner Kollege propagierte in Nr. 89 den Zusammenschluß im graphischen Gewerbe so, daß die Betriebsräte zu einem Bezirksrate vereinigt werden, dem auch die Vorstehenden der graphischen Organisationen anzugehören haben. Es wäre dann noch ein Zentralrat als Spitze zu bilden, dem die Zentralvorstehenden der Organisationen angegliedert sein sollen. Es würde also ein organisches Zusammenarbeiten der Betriebsräte mit den graphischen Gewerkschaften stattfinden. 9. In Nr. 108 unterbreitete ein Hallecher Kollege in detaillierter Weise einen Vorschlag: Es soll eine graphische Union als Zentralvereinigung der Gewerkschaften, Kartelle und Betriebsräte im graphischen Gewerbe gegründet werden mit örtlicher, gauweiser und zentraler Gliederung, einem festen Beitrag und einem besonderen Organ. Durch eine graphische Arbeitskammer sollen die Arbeitsverhältnisse geregelt werden, soweit dazu die Notwendigkeit über die eigenen Tarife hinaus besteht oder in Erscheinung tritt. Grundtätlich soll die Selbstständigkeit der einzelnen Verbände gewahrt bleiben. 10. Von Berlin und Leipzig wird von der Seite aus, die sich als gewerkschaftliche Opposition betradtet, für die Errichtung eines graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Betriebsrätesystems agitiert, seit dem 1. September erscheint zu diesem Zweck in Leipzig der „Graphische Block“, bisher in drei Nummern. Wir haben uns mit dieser Richtung, die in Berlin und Hamburg bis jetzt am deutlichsten abgefallen ist, noch nicht eingehend beschäftigen können, wie schon von uns verlangt wurde. Der „Graphische Block“ hat darüber durch persönliche Mitteilungen keine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht. Aber Zweck und Ziel hat diese Richtung bislang noch die nötige Klarheit vermissen lassen. Es heißt einmal in ihrem Organ: „Wir wollen die Gewerkschaften nicht befechtigen“, dann wird wieder von der „Ablösung der alten Gewerkschaftsgebilde durch das Betriebsrätesystem als geeignete Organisationsform im Kampfe

gegen die kapitalistische Produktionsweise" gesprochen, und in Nr. 3 des "Graphischen Block" heißt es bereits verständlicher: Das Gebot der Stunde laute ganz anders als die Laika der "Demagogen" (Hies: Gewerkschaftsführer), die auf "einen Industrieverband aus einer kupplischen Ehe zwischen den einzelnen Verbänden" ausgeht. Das erscheint auch uns glaubhaft, lassen doch die in Nr. 1 abgedruckten Programmätze kaum einen andern Schluß zu, als daß die Verkleinerung der graphischen Verbände angestrebt wird zugunsten einer Rätesorganisation unter der Firma "Graphischer Industrieverband"; ob die bestehenden Gewerkschaften ganz verschwinden oder nur als Unterstützungsvereinigungen weitervegetieren sollen, diese Erklärung wird geflissentlich vermieden. Die Herkunft des Planes vom (ausenandergefallenen) Berliner Vollzugsrat ist aber unerkennbar. Die Zentrale der Betriebsräte hat auf einer Reichskonferenz am 24./25. Oktober in Halle a. d. S. "wenigstens" in betreff der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erklärt, daß diese Organisationen allein nicht mehr genügen: "Wiewohl muß über diese Organisationen ein Rätesystem gebildet werden, das, ohne zunächst die bestehenden Kampforganisationen der Arbeiter zu beseitigen, alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereint" usw. Gegen diese verblühte Aufzählungsmethode der Partei- und Gewerkschaften wandten sich die "Leipziger Volkszeitung" und die "Freiheit" in auffälliger Schärfe; erstere sagte unverblümt: "Wer die Arbeiterbewegung noch weiter zerstückelt, verflüchtigt sich selber an der Arbeiterklasse"; das Rätesystem habe nicht die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf um den Sozialismus zu fesseln vermocht, "die parteipolitische Zerstückelung hat vielmehr auch die Arbeiterkräfte zerprengt, wie z. B. Berlin zur Genüge bewies" (Das andere sprechende Beispiel Leipzig wurde aus guten Gründen nicht angeführt).

Kollege Preißer wird also wohl einsehen, daß die Frage nur darum geht, welcher graphische Industrieverband soll kommen? Die Antwort darauf kann lediglich sein: Einer, der keinerlei Spaltungsstendenzen oder Spaltungsmöglichkeiten in sich trägt, der die graphischen Verbände nicht "expropriert", sondern die große Mehrheit der graphischen Arbeiterklasse mit ihren schon lange bestehenden Organisationen einig und zielbewußt zusammenzuführen vermag!

□ □ □ □ **Korrespondenzen** □ □ □ □

1. Donauwörth. In einer außerordentlichen Versammlung am 26. September konnten wir unsern Gauvorsteher Kemmerich (München) begrüßen. Nahezu vollständig hatten sich die Mitglieder eingefunden, um den Bericht über die letzte Vorlaufschiebung entgegenzunehmen. In eingehenden Ausführungen bot uns unser Gebihrtenvertreter ein Bild von den schwierigen Verhandlungen, deren Ergebnis jedoch nicht befriedigen kann. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Provinz immer mehr ins Hintertreffen komme, obwohl ein besonderer Unterschied in den Lebensmittelpreisen gegenüber der Großstadt nicht bestehe. Es wurde der Antrag gestellt, den Lokalschutz auf 7/8 Proz. zu erhöhen, und der Gebihrtenvertreter ersucht, beim nächsten Kreisrat diesen Antrag zu vertreten. In das hiesige Gewerkschaftsstatut wurden zwei Kollegen abgeordnet. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Vorsitzender Eichenlohr, dem Referenten den Dank der Mitgliedschaft abkündend, die Versammlung.

Gera. In der letzten Versammlung am 4. Oktober beglückwünschte zweiter Vorsitzender Trautmann unsern ersten Vorsitzenden Paul Feustel zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum und würdigte dessen Verdienste, die er als Vorsitzender dem Bezirk und Ort geleistet hat. Unter "Vereinsmitteilungen" gab der Vorsitzende bekannt, daß er sich mit der Handwerkskammer in Verbindung gesetzt habe, um der Schmutzkonkurrenz der Buchbinder durch Herstellung von Buchdruckarbeiten, die recht londerbare "technische" Blätter gezellig, ein Ende zu bereiten. Die Angelegenheit soll auch weiter im Auge behalten werden. Nachdem eine Aufnahme vollzogen worden war, stimmte man dem Antrage Pöbner zu, aus der Bezirkskasse für jeden am Abwehrstreik bei der Firma C. Vogel (Pöbner) beteiligten gewerksamen Verbandskollegen einen Betrag von 10 Mk. zu bewilligen. Ferner bewilligte man einstimmig für dieselben Kollegen noch 350 Mk. aus der Ortskasse. Die neue Feuerungszulage wurde überall bezahlt. Die Firmen Geraer Verlagsanstalt und "Reußische Erbküne" in Gera und C. Seifert in Köstritz haben sie voll bezahlt. Auch zur Frage der Gründung eines graphischen Kartells nahm die Versammlung Stellung. In einer allgemeinen Versammlung aller in den graphischen Berufen Beschäftigten soll die Frage näher erörtert werden.

c. Stuttgart. Am 15. September wurde eine Mitgliedschaftsversammlung mit der Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen, 2. Stellung von Anträgen für den Gau, abgehalten. Vorsitzender Klein erbat Adressen von noch in Gefangenschaft schmachtenden Kollegen, um diesen nochmals Liebesgaben zuschicken zu können. Zum zweiten Punkte erläuterte Kollege Klein die Anträge des Gauvorstandes zum Gau. Änderung und Anpassung des Gaustatutes an das Verbandsstatut, Erhöhung des Sterbe- und Begräbnisgeldes, Kürzung der Parteizellen, Ausmerzung des Unterschiedes zwischen Neu- und Wiedereingetretenen, Anstellung eines weiteren Kollegen auf dem Bureau, Auszahlung des Sterbegeldes an Kriegserwitwen, Erhöhung des Beitrags bildeten den Kern seiner Ausführungen. In der eingehenden Aussprache kamen gleichlaufende und gegenteilige Ansichten zum Ausdruck. Ein

aus der Verlesungsmitteln eingelaufener Antrag wollte die Rechte der ledigen invaliden, heimatlosen Kollegen mehr gewahrt wissen. Vom Kollegen Engelberger wurde der Antrag des Gauvorstandes, wonach den Witwen unser im Felde gefallenen Kollegen der volle Sterbegeldbetrag ausbezahlt werden solle, begründet. Als Ausgleich mußte dann die Erbschaftsteuer noch einige Zeit weitererhoben werden, da diese einmalige Ausgabe nach schädigungsweller Berechnung in unserm Gau einen Aufwand von etwa 60000 Mark erfordert. Dieser Vorschlag fand Zustimmung, und zwar aus menschlichen Gründen, wie ein Kollege ausführte. Die Pflicht zur Unterstützung habe das Reich. — Am 19. September fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, in welcher ein Vortrag des Arbeitersekretärs Möhlinger über: "Die Rechte und Pflichten der Arbeiterauschüsse", ungefehltes Interesse und Beifall fand. Rege Aussprache und Anträge ergänzten die sachgemäßen Ausführungen des Vortragenden. Die hierauf vorgenommene Namhaftmachung der Vertreter auf dem Gauwege fand reiche Erledigung. Sonstige lokale Wünsche, welche in der außerordentlichen fortgesetzten Preisfestlegung für das zum Leben notwendige ihre Begründung finden, lösten für- und Widerspruch aus. Einigkeit herrschte darüber, daß unter den jetzigen Verhältnissen unser Wochenlohn zum Leben nicht mehr ausreicht, trotzdem würden unsere Kollegen einem allgemeinen Preisabwärts freudiger entgegengehen als diesem rapiden Aufwärtsbewegen; das war der Eindruck am Schluß der Versammlung. — Am 7. Oktober fand eine sehr gut besuchte Mitgliedschaftsversammlung statt. Unter "Vereinsmitteilungen" wurden verschiedene lokale Angelegenheiten erledigt. Von Allgemeininteresse ist dabei der zum Beschluß erhabene Antrag der letzten Vertrauensmännerversammlung. Am der Arbeitslosigkeit und dem gleichzeitig blühenden Abstrichstundenwesen zu steuern, wurden diejenigen Kollegen, die wöchentlich mehr als zwei Überstunden leisten, verpflichtet, für jede weitere Stunde 1,50 Mk. an einen Arbeitslosenfonds abzuführen. Bei der Aussprache wurde die unzureichende Unterstützung der Kranken durch die Ortskrankenkasse kritisiert. Einer unser Vertreter im Vorstände der Kasse machte Mitteilung über den schlechten Kassenbestand, der eine Unterstützungserhöhung in absehbarer Zeit unmöglich mache. Bei Besprechung der Anträge zum kommenden Gauwege löste derjenige, der die Arbeitslosenunterbringung zum Ziele hat, eine rege Aussprache aus. Zurubelegung der älteren Kollegen, Aussehen der über die Kriegsdauer beschäftigten älteren Kollegen in deren eigenem gesundheitslichen Interesse oder aber den Zustand, wie er zum Teil anderwärts geübt wird: betriebsweises Aussehen, um Arbeitslose unterzubringen, wurden als Ausweg aus dem Elend empfohlen. Der Gauweg werde Gelegenheiten finden, sich mit diesem Punkte noch eingehend zu beschäftigen. Die Stuttgarter Mitgliedschaft hat einstweilen den Beschluß gefaßt, daß allen kranken und arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten eine Unterstützung zuteil werden solle. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel wurde angeregt, eine weitere Erbschaftsteuer zu erheben. Beschlossen wurde, dem Gauwege zu empfehlen, die selber erhobene Erbschaftsteuer noch bis zum 1. Juli 1920 weiterzuheben. So wären die Mittel zur Unterstützung der Witwen der gefallenen Kollegen wie die für Unterstützung der Kranken und Arbeitslosen auf Weihnachten gewonnen, ohne daß der einzelne dies zu stark empfinde. Man halte die Gewißheit, daß alle Anwesenden mit dieser Lösung einverstanden waren, wenn auch Stimmen laut wurden, welche die Unterstützungspflicht dem Staat allein zusprachen. Die Zustimmung von 42 Gauwegpartnern für Stuttgart, wie solche durch die Vertrauensmänner der einzelnen Druckereien erfolgt war, fand Zustimmung. Von der Versammlung wurden noch zwei arbeitslose Kollegen auf die Liste der Vorgesetzten gesetzt. Hierauf gab Klein noch einen mit Beifall aufgenommenen Bericht über den Internationalen Kongreß in Luzern.

□ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □

Nachahmensewertes Beispiel. Die Firma Gebr. Selnermann in Meiningen (Großbetrieb für Papierverarbeitung und Buchdruckerei) zahlte ihrem verheirateten männlichen Personal die Summe von 100 Mk. als Feuerungsbeihilfe aus.

Buchdrucker im öffentlichen Dienst. In Selben (Kreis Heilshausen) wurde Kollege Ernst Oppermann als Gemeindevorsteher gewählt.

Technische Auskunftserteilung. In letzter Zeit häufen sich sowohl bei uns wie beim Hauptvorstand des Verbandes der Typographischen Gesellschaften die Anfragen in technischen Zweifels- oder Streitfragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnisse ergeben, ganz außerordentlich. So ehrenvoll das Vertrauen, das durch diese Fragestellung für die Adressaten auch sein mag, so steht sich die Redaktion doch genötigt, die Beantwortung solcher Fragen als zu zeitraubend und die übrigen wichtigeren Aufgaben der Redaktion äußerst störend konsequent abzulehnen. Die kompetenteste und wohl auch zuverlässigste Stelle in allen sachtechnischen Dingen ist neben den Zentralkommissionen der Sparten der Hauptvorstand des Verbandes der Typographischen Gesellschaften in Leipzig, der für dieses umfangreiche und wichtige Gebiet durch eine besondere Technische Kommission unterstützt wird. Leider muß aber in letzter Zeit diese Instanz die Wahrnehmung machen, daß die Fragesteller in den meisten Fällen die Belegung des Rückporto für eine schriftliche Beantwortung vergessen. Es entstehen dadurch in der Summierung ganz erhebliche Auslagen, die in Anbetracht der Opfer an Zeit und geistiger Arbeitskraft, für die bei solchen Auskünften in

der Regel im Interesse der sachtechnischen Fortbildung nichts berechnet wird, um so ungerecht erscheinen. Es sollte daher jeder Fragesteller bei seinem Erluchen um Auskunft in sachtechnischen Fragen an die erwähnten Stellen wenigstens das Rückporto belegen, womit er nur ein gewisses Verständnis für Leistung und Gegenleistung bekunden würde. Bemerkenswert ist schließlich noch, daß aber auch dadurch nicht ohne weiteres eine unbedingte Auskunftspflicht übernommen werden kann; denn manchmal gehen Fragen ein, bei welchen nicht nur der Laie staunt, sondern auch der beste Fachmann mit seinem Latein zu Ende ist. Auf alle Fälle werden jedoch solche mit Rückporto belastete Fragesteller dem Abfender mit Hilfe des Rückportos wieder zurückgeschickt.

Lehrstelle für Druckereiberechnung in Leipzig. Die Bildungsgemeinschaft des Gauvereins der Verbandsmitglieder in Leipzig, in der außer dem Gauvorstande sämtliche Sparten und die Typographische Vereinigung ihre Vertretung gefunden haben, veranstaltet eine Anzahl Kurse zur Fortbildung der Kollegen. Die Teilnehmerschaft ist in allen Fächern: Schützen, Schriftschreiben, Rechtschreibung, Buchführung, Kalkulation, erhellend, welche sehr groß. Kosten, außer Anschaffung von Material, entfallen den beteiligten Kollegen nicht. Eine große Teilnehmerzahl (wohl annähernd 300) hat auch den Berechnungskursus belegt, der allwöchentlich Freitags von 5 bis 7 Uhr im Saale des "Auguste-Schmidt-Hauses", Dresdner Straße, abgehalten wird. Der Leiter dieses Kurses ist Kollege Hallup, der auf diesem Gebiete besonders reiche Erfahrung besitzt. Neben diesen von Gebihrten gelehrten Berechnungskursen finden zur Zeit in Leipzig auch solche von Prinzipalstelle statt, worüber uns dieser Tage u. a. folgende Einzelheiten mitgeteilt wurden: "Mit Genehmigung des Direktors der Akademie für Graphische Künste und Buchgewerbe, Gebihrten Professor Selger, veranstaltet der Verein Leipziger Buchdruckermeister unter Leitung des Herrn Richard Seifert gegenwärtig einen Kursus für Berechnung von Druckmaschinen und Druckarbeiten, der am 27. Oktober in der Akademie unter Beteiligung von 130 Angehörigen des Buchgewerbes (Prinzipale, Prinzipalstößne, Volontäre, Geschäftsführer, Faktoren, Kontorangestellte, Schriftsetzer und Maschinenmeister) begonnen hat. Diese erfreulich große Teilnehmerzahl ist auf eine gutdurchgeführte Aufklärungstätigkeit des Vereins Leipziger Buchdruckermeister innerhalb des Leipziger Buchgewerbes zurückzuführen, denn wenn eine Besserung in den Preisverhältnissen eintreten soll, muß das Bestreben unentwegt darauf gerichtet sein, daß die Bestimmungen des Preisstatuts besonders unsern jüngeren Berufsangehörigen in Fleisch und Blut übergehen."

Offene Lehrstelle für einen Graphiker. Durch den Weggang des Herrn Professors Ciffarz entstand dem Stuttgarter graphischen Gewerbe eine stark fühlbare Lücke. Seine Lehrfähigkeit an der Kunstgewerbeschule wird nur vertretungswise nebenamtlich weitergeführt. Wie uns mitgeteilt wurde, sucht die Arbeitsgemeinschaft im Stuttgarter Buchgewerbe eine erste Lehrkraft ausfindig zu machen, die diesem Abstand abhelfen und das Gewerbe wieder auf jene Höhe bringen soll, wie es Stuttgart in der Leistung als Drucker ersten Ranges schon von jeher war. Erhellung, zum Lehren geeignete Buchgewerkekünstler erhalten beim Vorhanden der Arbeitsgemeinschaft für das Buchdruckgewerbe in Stuttgart auf Anfrage die nötigen Unterlagen.

Rechtsrat der Schriftsetzer. Die in voriger Woche und übergehend wohl auch in diese in Berlin geführten Verhandlungen zwischen beiderseitigen Vertretern aus den größeren Bleistädten haben erfreulicherweise zum Abschluß eines zentralen Tarifs geführt. Wir bringen diese uns kurz gewordene Mitteilung zur allgemeinen Kenntnis, da bei der jetzigen großen Störung in den Vertriebsverhältnissen ein näherer Bericht vielleicht noch auf sich warten läßt. Die Schriftsetzerkollegen werden hoffentlich das von ihren Vertretern Erreichte objektiv zu würdigen wissen.

Tarifverhandlungen der Buchbinder. In Leipzig haben am 27. Oktober Verhandlungen zum Zweck der Schaffung eines Mantel- bzw. Reichstatuts begonnen, sie sind jetzt abgebrochen, um in Berlin fortgesetzt zu werden. Die schon seit dem 17. September geführten Beratungen über die Akkordfrage sind jetzt durch die Bahnsperrung unterbrochen worden.

Praktische Berufshausanbahnung. Zu der in Nr. 121 an dieser Stelle veröffentlichten Notiz über die Einrichtung dänischer Sprachkurse in Flensburg durch die dortigen Buchdruckergehilfen wurde uns noch nachträglich mitgeteilt, daß dieser Sprachkurs nicht durch die dortige Mitgliedschaft ihres Verbandes, sondern durch den Typographischen Klub in Flensburg durchgeführt wird. Es handelt sich also um eine rein sachtechnische Angelegenheit; die Teilnehmerszahl beträgt 35.

Kohlenstreik in Amerika. Die Kohlenbergwerksarbeiter in den Vereinigten Staaten sind zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einen Streik eingetreten, der sich in wenigen Tagen auf über 70000 Arbeiter erstreckte. Die "republikanische" Regierung hat sofort eine außerordentlich starke Truppenmacht gegen die Streikenden aufgestellt, und zwar 52 Infanterieregimenter, 4 Kavallerieregimenter und 20 Maschinengewehrataillone zur angeblichen Bewachung der Bergwerke. Den Gewerkschaftsführern wurde jede Agitation verboten, viele von ihnen wurden verhaftet. Präsident Wilson billigte diese Verfolgung der Streikführer. Demgegenüber hat Compers als Folge dieser Maßnahmen weitere Störungen des gesamten Produktionsprozesses als unvermeidlich erklärt. Und schon haben die Eisenbahnbauer sich zur Abwehr gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung entschlossen und bereiten den Truppentransporten die erheblichsten

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingekommene 5 Pfennig des Exemplars, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 130 — Leipzig, den 8. November 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

An die Mitglieder des Gauwes Bayern!

Einem seiner letzten Zirkulare kommt der Verbandsgeneralversammlung zu sprechen und fordert Wünsche und Anregungen von den Gau- und Bezirksvorständen ein, sofern sich eine Neueneinteilung der Gauen notwendig macht hinsichtlich der dem Reiche nach Friedensschluss abzutretenden Randstaaten. Mit dieser Frage hatte sich auch der bayerische Gauverband beschäftigt. Da der Gau Bayern von der dem Reiche gewordenen Situation nicht betroffen wird, weder in wirtschaftlicher noch politischer Hinsicht Veränderungen für diesen innerhalb des Reichsgaues in Erwägung treten, war der Gauverband auch gar nicht in der Lage, dem Verbandsvorstand nach dieser Richtung zu dienen, er mußte vielmehr das Handeln den Gauen überlassen, die in der Frage direkt engagiert sind. So bestimmt und klar das Zirkular des Verbandsvorstandes, glaubte doch der Vorstand eines oberfränkischen Druckers seine Fühler zum Vorstand der Mittelschicht Nürnberg ausstrecken zu müssen mit der Anfrage, ob denn mit erwähnendem Zirkular nicht der Zeitpunkt für die Teilung des Gauwes Bayern gekommen. Die Vorstandschicht der Mittelschicht Nürnberg hat dann in einer Sitzung eingehend zur Frage Stellung genommen, ist der Ansicht des Vorstehenden des oberfränkischen Druckers beigetreten und veröffentlichte in Nr. 124 des „Korr.“ einen Artikel, der der Teilung des Gauwes Bayern in einen Nord- und Südgau das Wort redet und die Frage für die Mittelschichten zur Diskussion stellt. Besonders noch behandelt wird die Frage in einem gleichlautenden Zirkular, das allen Mittelschichten des Gauwes zugestellt wurde.

Es zweifelte die Vorstandschicht in Nürnberg zunächst daran, daß die vom Verbandsvorstand gestellte Frage hinsichtlich der Gaueneinteilung auf Bayern und ähnlich gelagerte Gauen nicht abziele, gibt sie ihrer Anregung eine andere Begründung. Nicht in Personen verankert, sondern Gründe manniglicher Art sollen für Teilung des Gauwes Bayern sprechen: die räumliche Ausdehnung des Gauwes, die unglückliche geographische Lage des Vorortes München und dadurch bedingte Abkaltung durch den Gauverband. Ganz allgemein gesagt: Die mangelnde Agitation im Gau gibt den Grundton ab für das Verlangen der Nürnberger Vorstandschicht auf Teilung des Gauwes.

Hier ist nun die Frage aufzuwerfen, ist die Agitation in unerm Gau denn wirklich eine so mangelhafte, den andern Gauen gegenüber rückständig, daß diese den Vorschlag zur Gaulteilung geben soll? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir auf Seiten vor dem Krieg ausweichen: Noch auf allen Gaultagen wurde nach mehr Agitation gerufen, dieser das Wort geredet in der Erziehung von Bezirksvereinen, die immer eine bestimmte Ablehnung, insbesondere seitens der Nürnberger Delegierten, fanden. Aber jeweils nach den gepflogenen Debatten blieb die Anerkennung für seine Tätigkeit dem Gauverband nicht versagt, und Kollege Belchmidt war der berufene Vertreter auf dem letzten außerordentlichen Gaultage, der dem schiedenden Gauvorsitzenden Kollegen Selb einen fehr ehrenden Abschiedsruhr für seine aufopfernde und verdienstvolle Tätigkeit für den Gau Bayern widmete. Sind seit dieser Zeit die Verhältnisse im Gau schlechter geworden, die zu einer Gaulteilung Anlaß bieten? Es soll und muß mit einem bestimmten Nein beantwortet werden. Die Verhältnisse in unserm Gau liegen gleich denen in andern so, daß sie zufriedenstellende für die Gesamtorganisation genannt werden können. Es wird wenig Gauen geben, die so viel aufklärende und sonstige Zirkulare das Jahr über an die Mittelschichten und einzelstehenden Mitglieder gelangen lassen wie der Gau Bayern. Das muß auch als Agitation bewertet werden! Damit soll aber keinesfalls zum Ausdruck kommen, daß in puncto Agitation nicht mehr gesehen soll. Auch wir klammern der „Korr.“ Redaktion hinsichtlich des in Nr. 97 Gesagten bei, daß unsere Ideen noch nicht so in die kleinsten Druckorte eingedrungen, wie das sein sollte. Aber was führte uns zu den heutigen Verhältnissen? Der Krieg holte aus den kleinen Druckorten den letzten Gehilfen heraus an die Front; der gewerbliche Nachwuchs war sich selbst überlassen, viele sonst im Jahresbericht aufgeführte Druckorte existieren für uns nicht mehr. Wie schon im letzten Jahresbericht erwähnt, belebten sich mit Kriegsende die Druckorte langsam wieder. Alle Bekannte nahmen die Agitationsarbeit wieder auf, der bis dahin auf sich angewiesene Nachwuchs wurde uns zugeführt. Die Verhältnisse werden ihrem normalen Stand erst wieder gleichkommen im Laufe der Monate, wenn reiflos auch unsre Kriegsgelungen heimgekehrt. Es geht hier wie im allgemeinen mit dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens: Auch wir wünschen ein schnelleres Tempo. Daß an diesem oder jenem Orte vieles Verbesserungsbedürftig ist, wissen wir. Andauernd ist der Gauverband bestrebt, in die Verhältnisse der einzelnen Orte hineinzugreifen und vorwärts zu helfen. Der oberfränkische Vorstehende macht beruhigt sein: „Mäckerchen“ weiß schon, wo es auch fernherin der Nachhilfe bedarf; aber ob „Mäckerchen“ seinen Sitz im Süden oder Norden hat, er vermag nicht Vollkommen-

heiten zu schaffen, wenn ihm nicht die Unterstützung aus möglichst allen Kreisen wird.

Wenn der Artikel der Nürnberger Vorstandschicht auf Ausstellungen des leinerzeitigen Tarifkretsvertreters Grath zu sprechen kommt, so sei im Zusammenhang mit vorstehendem gesagt, daß die von Herrn Grath an die Prinzipale Bayerns gerichteten ermahnenen Worte hinsichtlich der Beitragszahlung ihren Ursprung finden in einer beschwerdebührenden Suchfrist seitens des derzeitigen Gebiltenvertreters. Die ausgedehnten Mißstände nach dieser Richtung sind Folgeerscheinungen des Krieges, um deren Beseitigung wir dauernd bemüht sind; Sie kamen zu unter Kenntnis mit der Wiederbelebung der Druckorte durch die heimkehrenden Kriegsteilnehmer. Das weiß man in Nürnberg, und uns wundert nur das eine, daß man solche Argumente herbeiholt, die für Teilung des Gauwes sprechen sollen.

Sie und Aufgabe einer Organisation kann es nicht sein, Jagd auf den lehten Mann in dem entlegensten Orte zu machen zur Gewinnung als Mitglied um jeden Preis. Es wird auch da und dort an der Feuerungszugabe fehlen, wenn uns die Wahrheit verschwiegen bleibt. Das Bedauerliche ist und bleibt, daß leider so viele Arbeiter, und darunter nicht wenig Buchdrucker, den Geist der neuen Zeit nicht erfaßt haben, sich als gleichberechtigte Mitarbeiter zu fühlen und nicht als Ansetze. So bestimmt der Gauverband und die Gauverwaltung bestrebt waren, den Übergang von der Kriegs- in die Friedenszeit so zu gestalten, daß den heimkehrenden Kriegsteilnehmern mögliche Aufklärung wurde, den Kollegen die oft nachfolgenden Veränderungen auf dem Tarifgebiet in ausführlichen Zirkularen zur Kenntnis kamen, so verzeichnen wir doch eine Auserachtlung so mancher Bestimmung pleieroris. Die beregte persönliche Agitation während des Krieges und im ersten Jahre nach dem Kriege konnte aber nicht erfolgen, wenigstens nicht weitgehender wie gesehen; wäre auch zweifelslos gewesen.

Die Teilung des Gauwes soll nun in puncto Agitation vorwärtsgehen. Wir versprechen uns hieron gar nichts, sondern nur eine unnötige finanzielle Belastung der Mittglieder. Die Grenze zwischen Nord und Süd soll die Donau bilden. Wenn schon die unglückliche geographische Lage Münchens als Vorort für Teilung des Gauwes sprechen soll, so sei gesagt, daß bei Teilung des Gauwes Nürnberg eben auch nicht die günstigste Lage im Gau haben würde, denn von einem Pole zum andern, von Zwickau bis nach Amorbach, ist immerhin eine hübsche Spanne, die postkassen Verhältnisse nach Nürnberg oder München bleiben ziemlich die gleichen. Und lehten Endes ist es gleichgültig, ob der Gauverband zu einer Agitationstour den Ausgang von München oder Nürnberg nimmt. Wie denkt sich aber die Nürnberger Vorstandschicht die zu betreibende Agitation? In ihrem Artikel bringt sie zur Ausführung, daß jeder Ort im Jahre wiederholt aufgeführt werden müsse zum Zwecke der Festeilung an die Organisation und zur bestimmten Ein- und Durchföhrung des Tarifs. Hat man an die Kosten bei welchem Unternehmen in heutiger Zeit gedacht? In welcher Stärke denkt sich die Nürnberger Vorstandschicht die Besetzung der Verwaltung des Nordgauwes, um das Gewollte zu ermbaldigen? Die Nürnberger Mittelschicht hat zur Erfüllung der örtlichen Geschäfte heute bei über 700 Mittgliedern einen Angestellten, dessen Arbeitskraft heute schon völlig ausgenutzt ist bei Mitbesorgung des Arbeitsnachweises. Bei Bildung eines Gauwes Nordgauern würde dieser ungefähr 2000 Mittglieder zählen. Zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte würde zweifellos ein zweiter Kollege zur Anstellung kommen müssen. Da an sich eine Überlastung der beiden Angestellten durch all die Aufgaben der heutigen Zeit gegeben wäre, käme die Anstellung eines dritten Kollegen in Frage, soll dem Zweck gedient werden, der die Teilung des Gauwes erhelft.

Nun kommen wir zum Gau Südbayern! Es dürfte in Nürnberg nicht unbekannt sein, daß auch in diesem der Ruf nach mehr Agitation kein neuer ist. Ebenso bekannt dürfte in Nürnberg sein, daß in München das Bestreben seit langem besteht, für den Ort selbst einen eignen Gau zu bilden. Diese Frage wurde aber aus Zweckmäßigkeitsgründen, im Interesse der Organisationseinheit, aus wirtschaftspolitischen Gründen jeweils zurückgestellt. Die Frage ist aber für München zweifelsohne akut, wenn die Teilung des Gauwes behandelt wird wie gesehen. Der Verbleibe der Südgau würde im Verfolg des beabsichtigten Zweckes bei Gaulteilung dieselben Verhältnisse bestehen wie für den Nordgau, da der Südgau dieselbe Mitgliedszahl aufzuweisen hätte wie der Norden und agitationsmäßig (persönlich) nicht leichter zu bearbeiten wäre.

Wollen sich also die verehrlichen Mitglieder einmal vorstellen, welche finanzielle Belastung für sie eintreten würde? Wir stellen aber diese Frage nicht als die vorzüglichste voraus und wollen auch keinesfalls mißverständlich werden. Aber was uns am meisten am Herzen liegt, die Erhaltung der Organisationseinheit, sie würde durch eine Gaulteilung zweifelsohne sehr gefährdet. Diese zu erhalten, muß Aufgabe aller sein, sowohl derer im äußersten Norden des heutigen Gauwes wie im äußersten Süden.

Ein sehr wichtiger Punkt ist bei Behandlung der ganzen Frage seitens der Nürnberger Vorstandschicht ganz außer acht gelassen worden, nämlich die Tarifkretseneinteilung. Wird das Tarifamt bzw. der Tarifauschuss dazu kommen, bei Dreiteilung oder selbst nur Zweiteilung des Gauwes Bayern diesen in mehrere Tarifkreise aufzuteilen? Wir glauben, dies nicht annehmen zu dürfen. Würde dann ein gesundes Verhältnis bestehen für die Gauen? Es soll diese Frage heute nicht aufgelöst werden, sondern dafür ein späterer Zeitpunkt gewählt sein. Die Prinzipale werden ihre Zentrale der Organisation wie jene des Tarifkretes bestimmen in München belassen.

Als besonderes Argument für die Teilung des Gauwes führt Nürnberg noch an, daß es nicht angängig erscheine, „daß die „Probleme“ nicht selber unterrichtet werden darf, ehe nicht die Mittelschicht München ihr Veto abgegeben hat“. Es muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß München ein solches Recht für sich noch niemals beanprucht hat. Von bislang vom Gauverband eine Berichtserstattung im Anschluß an die Tarifauschüßungen nicht für dringend erachtet worden, die Aufklärung über die tariflichen Veränderungen auf Zirkularweg genügend erschienen, so war es doch wohl angezeigt, daß der Gebiltenvertreter an seinem Tätigkeitsort in der Mitgliederversammlung Bericht erstattet. Damit kann wohl keine Vernachlässigung der übrigen Druckorte in Zusammenhang gebracht werden. Im Anschluß an die Buchdruckerkongression und Gauvorsitzerkongressen im Dezember 1918 wurde den Mittelschichten Würzburg, Nürnberg, Regensburg zunächst Bericht erstattet. Konnte da nicht auch von einer Bevorechtigung gegenüber andern kleineren Druckorten gesprochen werden? Falls sich der Gauverband im Anschluß an die Tarifauschüßungen im August für eine umfassende Agitationstour entschieden, so kennen die Mittglieder die Ursachen hierfür. Daß der Gebiltenvertreter bei unterbrochener Versammlung (Polizeistunde) zweimal in München sich verantwortlich fühlte, hatte die Referatstour nur ganz unwesentlich beeinflusst. Hat München in lehter Zeit den ersten Bericht in Bayern erhalten oder auch nur ausschließlich und sein Veto in lehr temperamentvoller Weise zum Ausdruck gebracht, so zweifelssohne nicht im wesentlichen Widerspruch zur Allgemeinheit.

Zum Schluß: Der Gauverband hat sich in seinen Sitzungen wiederholt mit der Frage einer zweckmäßigeren, den ganzen Gau umfassenden Agitation beschäftigt. Die Unbefriedigung der Verhältnisse, die Unschärfe der politischen und wirtschaftlichen Lage im Lande wie im Reiche stehen uns zu durchgreifenden Maßnahmen nicht kommen. Immerhin war der Gauverband bestrebt, nicht nur durch seine weitgehende Referatstour im September und Oktober, durch Berichtserstattung von der Gauvorsitzerkongressen und Buchdruckerkongressen im Dezember, durch finanzielle Unterstützung von Bezirksvereinsammlungen, durch Besetzung von Referenten zu leisten, durch umfassenden Versand von Tarifs- und sonstigen Zirkularen der Sache zu dienen. Der Gauverband wird bis zum nächsten Gaultage nach dieser Richtung nichts unversucht lassen. Dem kommenden Gaultage wird es vorbehalten bleiben, die ganze Angelegenheit eingehend zu behandeln. Für die ganze Frage des Agitationswesens wird bestimmend sein müssen die Stellung der Verbandsgeneralversammlung hierzu. Der Verbandsvorstand wird Mittel bereitstellen müssen für die Agitation, denn die an die Gauen bis heute ausgeworfenen Verwaltungsprogrante reichen nicht hin für diesen Zweck, geschweige denn für andre. Nicht nur nach dieser Richtung erwarten wir Reformen von der Generalversammlung, sondern im Unterstützungsweisen die Abklärung der Gaulteilung durch die Verbandsschäfte. Eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats wird die Agitation sich mehr entfalten lassen. Sind dies nicht die vorzüglichsten Aufgaben für die Generalversammlung, so doch deren Behandlung und gründliche Erledigung von einschneidender Bedeutung. Wenn also von der nächsten Verbandsgeneralversammlung einschneidende Veränderungen zu erwarten sind, so muß auch die Zweckmäßigkeitfrage aufgeworfen werden, ob sich die Abhaltung eines außerordentlichen Gaultages wegen der beregten Frage der Gaulteilung empfiehlt. Nach der Generalversammlung und damit vor der Tarifrevision wird ein ordentlicher Gaultag stattfinden müssen. Es bedarf also reiflicher Erwägung, ob bei den heutigen lehr teuren Fahrpreisen, hohen Mietenhöhen, Entschädigung für den Verdienstausfall, ungünstigen Bahnverbindungen sich die Abhaltung eines Gaultages vor der Generalversammlung absolut notwendig macht. Nach der Generalversammlung werden wir zur Lösung wichtiger Aufgaben berufen sein; diese ihrer Erledigung entgegenzuführen wird Aufgabe des nächsten Gaultages sein, dessen Gepräge nicht das der Zerplitterung sein darf, sondern es muß hervorleuchten der tatsächliche Wille zum Ausbau nach innen und außen. Die Einbeil der Organisationsform wird am besten gewahrt in der heutigen Form des Gauwes.

Bei Niederschrift dieser Zeilen sind bei Unterstützungsweisen schon eine Reihe Suchschriften aus großen Mittelschichten eingelaufen, die sich zur Anregung der Nürnberger Vorstandschicht äußern und mit dieser in direktem Widerspruch stehen. So schreibt der Vorstehende einer großen Mittelschicht: „Der Nürnberger Vorschlag ist für uns undiskutabel!“ Der Vorstehende einer noch größeren Mittelschicht

bedeutet uns: ... Ich persönlich will von der Auseinandersetzung des Ouges nichts wissen. Bisher war der Gau Bayern ein großer, mächtiger und angesehener Organisationsstiel des Verbandes und auch den Interessierten gegenüber. Bei einer ZerreiBung wären wir ein zur Bedeutungslosigkeit verurteiltes Stückwerk."

Wir möchten letztere Sätze unterschreiben und damit unsere Meinung den Kollegen des Gauces zum Ausdruck gebracht haben.

Die Vorstandschaff des Gauces Bayern.
U. Hans Kemmerich.

Gau Württemberg

Am 25. und 26. Oktober wurde im „Gewerkschaftshaus“ in Stuttgart nach fünftägiger Pause die 36. Generalversammlung des Gauces Württemberg abgehalten. Besucht war die Verammlung von 37 auswärtigen und 42 Stuttgarter Vertretern. Der Vorstandsvorsitz hatte schließlich den Verhandlungen besten Verlauf gewünscht. Die Tagung am 25. Oktober galt der Württembergischen Klasse.

Sonntag früh 9 Uhr eröffnete Vorsitzender Klein die Verhandlungen der Gauversammlung mit der Ergründung der Verhältnisse. Die markantesten, wie Krise, Mühsal und der Gaureisler Bots, wurden namentlich genannt und ihre vorbildliche Tätigkeit als Richtschnur empfohlen. Neben ihnen fanden die 44 Gefallenen des Weltkriegs aus unserm Gau warme Worte des Gedenkens.

In eindrucksvoller Rede eröffnete Kollege Klein Johann Bericht über den Stand des Gauwesens und die tatsächliche Lage. Ein Appell zur Einigkeit und Geschlossenheit in gegenwärtiger Zeit der Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse wurde von ihm in überzeugender Weise an die Versammelten gerichtet. Die Folgeerscheinung des Kriegsausbruches: Einziehung bis zu 2771 Kollegen aus dem Gau, daher Vertragsausfall und als dessen Naturnotwendigkeit Abschließung des Gauzuschlusses bei Arbeitslosigkeit und Leiden aus Kürzung des Invalidenzuschusses, Einführung von Erntesteuern zogen wie aus weiter Ferne in lebendigen Bildern an den Versammelten vorbei. Die tatsächliche Bearbeitung des Arbeitslosenmaterials gab Einblick in dieses leidige Übel. Die Einstellung des Gauces in Agitationsbezirke erleichterte das Werbegeschäft. Diese Einstellung hat vorzüglich bewährt. Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten fand Anerkennung. Die Kriegsinvalidenität kann nicht als Berufsinvalidität angesehen werden. Die Kündigung des Organisationsvertrags wurde erwähnt. Die Verpflichtung zur Webersetzung von Kriegsteilnehmern wurde zwar vom Demobilisationsausweis verweigert, konnte jedoch nicht in allen Fällen durchgeführt werden. Gas- und Stromsperrung und der durch diese verursachte Lohnausfall bzw. die Ausfallleistung wurden erläutert. Die im Gau Württemberg bestehende Arbeitsgemeinschaft, die für unsere begabten Kollegen zu einer Quelle technischer Weiterbildung und Förderung des Sönnens werden soll (zu diesem Zwecke sind prinzipiell erhebliche Mittel bewilligt), fand Anerkennung. Die Copypolitik unserer Arbeitgeber während der Kriegszeit, die andern Verulen in welchem Abstand folgten und aus eigenem Antrieb nur selten mehr bewilligten, wurde ins rechte Licht gerückt. Die Folgen der Revolution und die damit zusammenhängende Bildung eines Buchdruckerzells, seine Tätigkeit und seine Auflösung wurden gestreift. Die Einstellung von Erntehältern über die Kriegszeit und die Erhebung mit diesen hat gezeigt, daß weiblicher Erntehältern rationeller und brauchbarer für unsern Beruf ist. Auch die wiederholte Verlängerung der Erntedauer sowie die Anwesenheit, daß sich Karte auf längere Zeit nur bei stetigen Verhältnissen abschließen lassen, fanden beifällige Aufnahme. Erwähnt wurde die Tarifmäßigkeit eines Teiles der Prinzipale, welche mit gleichlaufenden Beiträgen aus entgegengesetzten Ursachen bei einem Teile der Beihilfenschaft in Vergleich gezogen wurden. Die Regelung der Lokalzuschläge auf 1. Januar nahm einen breiten Raum bei der Besprechung ein. Die Verpflichtung des Staates zur Unterstützung der Arbeitslosen und Kriegsopfer wurde verlangt. Reicher Beifall wurde dem Vorsitzenden am Schluß zuteil.

Ein Heilbronner Vertreter eröffnete die Ansprache. Dabei konnte man sich der Ansicht, daß die Provinzkollegen leider unter das Niveau einer halbwegs anständigen Lebenshaltung herabsinken, nicht verschließen. Die Lebensmittelversorgung scheint dort nicht besser zu sein als in der Großstadt. Aus dieser Ursache fand die Steuerzulagenkürzung herbe Kritik. Lokalzuschläge müßten verschwinden oder einfacher gestaltet werden. Einen Antrag auf Abschaffung der 63 mal gestellten Verbezüge befreit sich Redner für die gegebene Zeit vor. Das Verhalten des Buchdruckerzells und Bauernbundsagitatoren Stirner aus Stuttgart, der die Bauern zur Rückhaltung der Leistungen in der Lebensmittelablieferung auffordert, gelbete der Redner aufs nachdrücklichste.

Ein Antrag auf zehn Minuten Rededauer wurde angenommen. Der nächste Redner trat für Gründung eines graphischen Industrieverbandes ein. Der Begriff Steuerzulagenfrage soll gestrichen und einlaw Lohn dafür gesetzt werden. Der Organisationsvertrag sollte schon früher verschwinden können. Der Tarif finde unter älteren Kollegen wegen der Kürzung der Zulagen bei höherem Lohn immer weniger Anhänger. Ein weiterer Stuttgarter Redner verteidigte die Meinung Ausdruck, daß an dem jetzigen unbilligen Zustande die Gewerkschaftspolitik viel Schuld mit frage. Der Weltumtand sei eine Frucht der Revolution.

Der Vertreter aus Kalw forderte, daß nicht schon früher von Verbandsvorstandseite Steuerzulagen beantragt worden seien. Durch dieses Versäumnis seien die Pioniere zu Paris der Arbeiter herabgekommen. Der Gauvorstand hätte mehr in der Provinz wirken sollen.

Ein Heilbronner Kollege wünschte Urabstimmung über die nächsten Verbandsgeneralsammlungsbeschlüsse. Ein Neullinger Vertreter hielt den Abschluß des Burgfriedens im August 1914 für einen großen Fehler. Er sprach für Schaffung eines graphischen Industrieverbandes, weil er uns mehr entgegenkommen. Seitens der Arbeitgeber bringen würde. Die Lokalzuschläge in jetziger Form seien nicht mehr haltbar.

Die Vertreter von Wangen (Allgäu) und Ulm besprachen die leuren Verbältnisse in den Provinzdruckereien. Der Ausfall früherer Jahre sei unheimlich groß. Der Staat sei erstrecktweise mit Unterstufungen beizupringen.

Der Vertreter für Gelsingen machte darauf aufmerksam, daß die Steuerung überall und allgemein sei. Dem Schieber, das eine Ursache dieser Steuerung bilde, solle mehr auf den Leib gerichtet werden. Er machte den Vorschlag, in ganz Württemberg den gleichen Zustand zu schaffen wie im Oberamt Gelsingen. Dort haben die Gewerkschaften aus Arbeitern eine freiwillige Wache gebildet, die wechselseitig sämtliche Zubehörtungen absperrt und schlechthandelsware abnehmen. Sei es im großen oder kleinen, Fabrikanten oder Arbeitern. Das Abgenommene werde der Allgemeinheit zugewandt. Dieser Vorschlag wurde der Vorstände zur Weitergabe an das Bezirksamt der Vereinten Gewerkschaften für Württemberg und Hohenzollern überwiesen.

Im Schlußwort gab Kollege Klein die mangelhaften Kritiken, Anregungen und Wünsche ein. Die tatsächliche Kritik und der wirklich kollegiale Ton seien die besten Garantien zur gemeinsamen Arbeit.

Der Reichenschaftsbericht erstellte Kassierer Kapfer. Er fand ohne Debatte Genehmigung.

Dann wurde in die Abänderung der Gauaufhänge eingetreten. Mit wenig Ausnahmen fanden die Vorschläge des Vorstandes einstimmige Aufnahme. Dabei wurden die selbsterhöhen wünschenswerten Invalidenunterstützungssätze um je 1 M. erhöht. Den Mitgliedern, die im Verbands- oder Arbeitslosenunterstützung bezugsberechtigt sind, wird auf die Dauer dieser Unterstützung am Ort ein Zuschuß von täglich 60 Pf. gewährt. Hierbei wurde gewünscht, daß die Verbandsgeneralversammlung das Unterstufungsweien einheitlich regle. Die Entschädigung für die Vertreter auf dem Gauwege wurde einer Kommission überwiesen und nach deren Vorschlag beschloß. Der jährliche Entschädigungssatz für den Gauvorstand fand Zustimmung nach dem Vorschlag der Verammlung. Die Anstellung einer Hilfskraft für das Gaubüro wurde beschloß. Die Gehälter der Angestellten wurden neben den Steuerzulagen dem Verein Arbeiterpresse entsprechend angepasst. Das „Korr.“ Obligatorium laut keine Genehmigung. Die Einführung des Postrechnens hal der Vorstand bereits erledigt.

Ein Antrag des Kollegen Schürmacher: „Die Gauversammlung beauftragt den Vorstand, im Hinblick auf die andauernde große Zahl Arbeitsloser gemeinsam mit der Prinzipalität eine Aktion einzuleiten, die auf die Vergrößerung der Arbeitszeit von täglich einer halben Stunde hinzielt“, wurde vom Antragsteller im idealen Sinne begründet. In der Gegenrede versprachen sich die Redner wenig praktischen Wert in der jetzigen Zeit der Stromsperrung. Das Endergebnis der Aussprache war, dem Gehilfenvertreter wurde Auftrag erteilt, zunächst beim Kreisvertreter und dann bei der nächsten Tarifauschussung für Vergrößerung der Arbeitszeit alles aufzubringen, um einen Erfolg zu erzielen. Ein Antrag Heilbronn, die Rückvergütung für die einzelnen Mitgliedschaften von 2 v. S. auf 3 v. S. zu erhöhen, fand Aufnahme, und beträchtliche Erhöhung der Rückvergütung aus der Verbandskasse für den Gau wurde einstimmig vorangetragen. Der jetzige Betrag entspreche in keiner Weise der geleisteten Arbeit. Um so weniger, weil Kollege Klein bei seiner vielseitigen Tätigkeit für den Verband nur vom Gau entschädigt werde. Der Anteil der Mitgliedschaft Stuttgart an den Gauverwaltungsstellen wird vom Stuttgarter Vorstand so geregelt werden, daß die Provinzkollegen Befriedigung finden. Ein Antrag der Mitglieder Heilbronn und Neullingen auf Schaffung eines graphischen Industrieverbandes wurde begründet. Mit gemeinsamem Vorgehen hoffen die Antragsteller für uns mehr Erfolg wie selber. Der Antrag wird bei der Verbandsgeneralversammlung seine Erledigung finden. Der Antrag auf Anrechnung der Stereotypen wüßte, daß keine Ungelernten mehr Aufnahme finden sollen.

Der Gauvorstand und der Gaukassierer wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt.

Beim Punkte „Verlehenes“, kam die Verbrüderung zur Besprechung. Die Behandlung der Kohlenfrage, Stromsperrung und sonstigen Widerwärtigkeiten waren Grund zu eingehender Debatte, nur die vorgeschriebene Zeit machte vorzeitig Schluß. Am 8 Uhr fand der Gausatz mit einem Hoch auf den Verband sein Ende.

Der Gauversammlung, voraus, sagte, am 25. Oktober im gleichen Lokal die Generalversammlung des Unterstufungsvereins für Buchdrucker und Schriftsetzer in Württemberg.

Vorsitzender Klein begrüßte die erschienenen Vertreter und gab in kurzem geschichtlichen Rückblick bekannt, daß der Verein im Jahre 1915 sein 100jähriges Bestehen feiern konnte. Sodann verbriefte er sich in längeren Ausführungen über die Tätigkeit des Vorstandes während

der Kriegszeit mit ihren besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten.

Kollege Kapfer erstellte einen kurzen Auszug aus den vorliegenden fünf Rechenschaftsberichten von 1914 bis 1918. Er bezeichnete die Klasse als wohlstandst, die während des ganzen Krieges trotz starken Mißgüterrückganges nur 15000 M. Vermögensabnahme zu verzeichnen hatte, und das trotz der Belastung durch die Unterführung an die Familien ausmarkierter Kollegen. Diese erforderte einen Gesamtaufwand von 19194 M., wovon 64242 M. durch Erntebeträge von Kollegen und kollegialen Vereinigungen aufgebracht wurden.

Antragsgemäß wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Für Verwaltungskosten wurde eine Rückstufschädigung an den Gau in der Höhe von 10 Proz. — selber 5 Proz. — beschloß.

Die letzte Generalversammlung im Frühjahr 1914 hatte den Vorstand beauftragt, das Vereinsstatut umzuarbeiten und der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Der nun vorliegende Entwurf erfährt eine eingehende Durchberatung und lebhaftes Aussprache. Angenommen wurde der Vorstandsantrag, daß jedes im Gau arbeitende Verbandsmitglied zugleich Mitglied des Unterstufungsvereins sein muß; ein Zustand, der in der Praxis längst besteht.

Eintrittsgebühren wurden aufgehoben. Der vorgelegte Entwurf hebt den Unterschied zwischen Neu- und Webersingekretelen auf und sieht eine veränderte Staffelung der Hinterbliebenenunterstützung und der Befallungskostenbeihilfe vor.

Eine neungliedrige Kommission, in deren Auftrag Kollege Venerling Bericht erstellte, empfahl zu § 5 den Vorstandsantrag zur Annahme und zu § 6 die Annahme der vorgezeichneten Unterstufungssätze mit unweillichen Abänderungen. Weiter beantragte die Kommission, ein Viertel der vorgezeichneten Sätze an Eltern oder Geschwister lediger Verstorbenen oder auch an Kinder über 18 Jahre von verwitweten Verstorbenen zu gewähren, sofern Kinder unter 18 Jahren nicht vorhanden sind. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso der gesamte übrige Inhalt des Entwurfs mit geringen redaktionellen Änderungen. Der Antrag Übungen zu diesem Punkte, der eine Erhöhung der Sterbekostenbeihilfe um 50 Proz. verlangte, war dadurch erledigt. Ein Antrag Stuttgart, der heimatlosen Invaliden Kollegen ermöglichen soll, sich mit dem kaiserlichen Betrag in ein Heim einzukaufen, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung bildete die Aussprache über den Antrag Stuttgart: „An die Witwen oder Waisen der im Kriege gefallenen Mitglieder sind die vollen Beiträge auszubehalten“, und der damit sinngemäß zusammenhängenden Anträge Heilbronn-Floraheim sowie Neullingen. Nach eingehender Aussprache, in der die Bereitwilligkeit der Vertreter zum Ausdruck kam, zugunsten dieser Hinterbliebenen die Erntesteuer noch weiter zu leisten, wurde der Antrag Stuttgart einstimmig gutgeheißen.

Briefkasten

S. S. in M.: 1. Es ist unter den heutigen Raumverhältnissen erst recht schwer, fortwährende Aufnahme möglich zu machen. Der „Korr.“ wird wohl eines Tages zu einer Arbeitsperrle seine Zustuhf nehmen müssen, um den vorhandenen vielen Stoff erst einmal sortieren zu können. 2. Bei einer solchen Gelegenheit kann die Redaktion durch Anmerkungen nicht einhalten; haben das aber so kommen sehen. — M. B. in C.: Briefe gekürzt. Es müssen sich eben beide Teile in das Unvermeidliche fügen. — U. S. in G.: 1. Mit Interesse zur Kenntnis genommen. 2. Zweimal als Material; mit Briefverzeichnisse das nächste Mal. — U. S. in S.: Viel Erfolg auf neuem Gebiete! C. S. in C.: Se vielseitiger die Mitarbeit, um so besser. Ihren Artikel begrüßen wir aber nicht nur deshalb, sondern weil er ein nicht alltägliches Gutesprodukt ist, das recht tief hineindrückt in das Wirtschaftsgeschehen. Der Umfang jedoch verfehlt uns in gelinde Verzweigung. Man sollte doch mehr bedenken, daß uns als Regel nur geistige Arbeit für alles zur Verfügung stehen. Der Artikel muß geistig werden, dann ist er eher noch unterzubringen. — S. S. in C.: Es warlen schon bei der Begründung auf den Tag, wo sie das Licht dieser traurigen Welt erblicken können. Der übrige wird hinzugefügt werden. — U. S. in G.: Erf. kurz vor Redaktionsschluß eingegangen, muß also nun Sinauslieferung erfahren. — Nach Stuttgart, Hamburg usw.: Die Firma Rabell & Hille läßt hierdurch mitteilen, daß die jetzt eingegangenen vielen Bestellungen auf die Verbandszeitung wohl veränderlich gemacht sind, die Übermittlung aber erst nach Wiederaufnahme des normalen Bahns- und Postverkehrs erfolgen kann. Es wird also um Geduld gebeten. — U. in M.: 3 und 7 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Sürfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Phhnech. (Maschinenscherevereinigung), Vorsitzender: Paul Adn., Tuchmacherstraße 40.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau Leipzig die Seher 1. Kurt Tischner, geb. in Leipzig-Lindenau 1890, ausget. in Riga 1910; 2. Emil Schulz, geb. in Rummelsburg l. P. 1871, ausget. dal. 1890; 3. der Drucker Willi Zöllner, geb. in Köbelberg 1899, ausget. in Leipzig 1917; 4. der Heiser Fritz Fischer, geb. in Altenburg (S.-M.) 1899, ausget. dal. 1917; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 5. Arthur Köhler, geb. in Rade 1883, ausget. in Leipzig 1902; 6. Bruno Winkel, geb. in Leipzig 1883, ausget. dal. 1917; 7. der Stereotypen Arbeiter Lindner, geb. in Leipzig 1886, ausget. dal. 1904, waren schon Mitglieder. — Karl Engelbrecht in Leipzig, Brüderstraße 9 I.

Verammlungskalender

Wpsta. Verammlung heute Sonnabend, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Vorwärts“.

Breslau. Fortschrittsvereinsverammlung Sonnabend, den 9. November im „Rach“, Arnimstraße.

Dresden. Verammlung im „Mittelpunkt“, den 12. November, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volksbause“, Altenbergstr. 2.

Offenbach a. M. Maschinenseher-Bezirksverammlung Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr, im „Erbacher Hof“, Gade Herrnhuter- und Französisch-Gäßchen.